

Kann man die Demokratie vor ihrem Niedergang retten?

Friedbert W. Rüb

Das Buch, das hier zu besprechen ist, hat einen schwarzen Umschlag, mit riesigen weißen Buchstaben titelt es „Wie Demokratien sterben“. Noch so ein Buch also, das den Tod – und nicht nur eine Krise – der Demokratie ankündigt. Solche Bücher über die Krise der Demokratie gibt es zuhauf, gute wie schlechte. Aber noch eines über ihren Tod – ergänzt mit Ratschlägen, was wir dagegen tun können und obwohl wir wissen, dass der Tod ein nicht aufzuhaltenden Zeitgenosse ist, zumindest im Leben. Wie oft sind tiefgreifende Krisen der Demokratie diagnostiziert worden, wie oft ist ihr Untergang beschworen worden und wie oft sind – zumeist rezeptbuchartig – Ratschläge erteilt worden, was man dagegen tun kann? Und nun noch ein solches Buch? Zudem gilt: Tot gesagte leben länger und so ganz ohne Plausibilität ist dieses Sprichwort nicht. Denn die Demokratie ist in vielen Ländern robust, sie wird von so mancher, auch manchmal schweren ‚Erkältung‘ befallen, aber sie erholt sich in der Regel wieder.

Also erneut ein Buch, das besagte Katastrophenszenarien wiederholt, deren Wahrheitsgehalt nur schwach ist und von der Wirklichkeit widerlegt wird? Nein, ein solches Buch ist es gewiss nicht, sondern das genaue Gegenteil. Selten sind so klar und in einer solchen analytischen und klaren Tiefe die Krankheiten der gegenwärtigen Demokratien dargestellt worden. Nebenbei nimmt man, ohne dass man es unbedingt merkt, an einem erhellenden und gründlichen Einführungskurs in die Demokratietheorie teil.



Prof. em. Dr. Friedbert W. Rüb

Seniorprofessor für Politische Soziologie und Sozialpolitik, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität Berlin

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können*, München 2018



In der Einleitung legen die beiden Autoren dar, was sie zu dem Buch bewegt hat. Steven Levitsky und Daniel Ziblatt sind zwei international anerkannte, an der Harvard Universität in den USA lehrende und forschende Politikwissenschaftler. Sie beschäftigen sich seit Jahren und auf höchstem Niveau mit den Zusammenbrüchen der Demokratie und ihrer (Wieder)Aufrichtung – aber vor allen im Europa der 30er Jahre und in Lateinamerika der 70er und 80er Jahre. Nie hätten sie gedacht, so betonen sie in der Einleitung, dass sie sich mit den etablierten Demokratien und erst recht nicht mit ihrem eigenen Land, der USA, beschäftigen müssten. Sie sehen Warn- und Krisensignale, die einen Zusammenbruch der Demokratie ankündigen könnten, aber nicht in den Formen, die sie bisher wissenschaftlich untersucht hatten: Nämlich als meist gewaltsame Eroberung der politischen Macht durch eine besondere Clique, sei es das Militär oder andere autoritäre Kräfte. In Zeiten des Kalten Krieges waren Staatsstriche die Ursache für fast drei Viertel aller Zusammenbrüche der Demokratie. (11)

Nun sehen sie eine zwar nicht gänzlich neue, aber gleichwohl andere Art des Zusammenbruchs von Demokratien. Die langsame und oft unscheinbare Erosion in kleinen und kaum merkbaren Schritten. Darüber handelt das Buch, und wie fast kein anderes zuvor untersucht es in erstaunlicher analytischer Klarheit und Weitsicht die Dynamiken dieser Erosion der – nicht nur amerikanischen – Demokratie. Donald Trump spielt selbstverständlich eine bedeutende Rolle, aber er steht nicht im Zentrum des Buches, es ist kein Anti-Trump Buch. Stattdessen stellt es einen Sachverhalt in den Mittelpunkt, der nur auf den ersten Blick erstaunt: „Der demokratische Rückschritt beginnt heute an der Wahlurne.“ (13) Die Beispiele hierfür sind zahlreich: Georgien, Nicaragua, Peru, die Philippinen, nun auch Polen, Russland, Sri Lanka, die Türkei, die Ukraine und prominent Ungarn. Man kann unschwer erkennen, dass dieses Phänomen kein außereuropäisches ist und dass es keinen europäischen Anti-Virus gegen die Erosion der Demokratie gibt. Vielmehr findet sie mitten in Europa und unter den Augen der europäischen Institutionen statt.

Der schleichende Prozess birgt Gefahren in sich, die die beiden Autoren immer wieder betonen. Da es keinen konkreten Zeitpunkt gibt, ab dem die Demokratie außer Kraft gesetzt wird, kann es durchaus sein, dass sich dieser Prozess fast unmerklich vollzieht und ihn viele nicht wahrnehmen. Und genau darum geht es ihnen: Ist die amerikanische Demokratie (aber nicht nur sie!) anfällig für einen solchen schleichenden Prozess? Ist er bereits in Gang? Und wenn ja, wie weit ist der gediehen und in welchem Stadium befindet sie sich konkret? Das tragische Moment der schleichenden Umwandlung der Demokratie „über Wahlen besteht darin, dass die Mörder der Demokratie deren eigene Institutionen benutzen, um sie zu töten – schrittweise, fast unmerklich und ganz legal.“ (17)

Aber kann die amerikanische Verfassung hier eine Schranke bilden, kann das in ihr formulierte System der Gewaltenteilung eine robuste Barriere aufbauen, an der die schleichende Umwandlung zu einem bestimmten Zeitpunkt zum Halten gebracht werden kann? Diese Frage steht mit im Mittelpunkt, aber die Autoren betonen, dass die Einhaltung von politischen Normen ebenso wichtig ist wie die formalen Institutionen. Solche Normen spielen in dem Buch eine große Rolle, sie werden als die Leit-

planken der amerikanischen Demokratie betrachtet. Deren Schwächung führt letztlich zur Erosion, ja zum Tod der Demokratie und dies wird in dem Buch in immer neuen Anläufen betont und empirisch verdeutlicht. Die Erosion hat ihre tiefe Ursache in einer „extremen Polarisierung, die sich über politische Meinungsverschiedenheiten hinaus zu einem existentiellen Konflikt über Rasse und Kultur ausgeweitet hat.“ (18) Und die extreme Polarisierung kann für die Demokratie tödlich sein. Um dies im Detail zu verdeutlichen und um die schleichenden Prozesse der Aushöhlung der Demokratie nachzuzeichnen, ist dieses Buch geschrieben. Es hat die USA im Zentrum und zeichnet hier den Weg im Detail nach, aber immer wieder finden sich Hinweise und Beispiele aus anderen Ländern, die die Thesen der beiden Autoren unterfüttern.

Wo fangen nun solche schleichenden Prozess an? Kann man einen bestimmten Zeitpunkt identifizieren? Die Autoren starten mit der Analyse von verhängnisvollen Bündnissen und haben aus der deutschen und italienischen Geschichte die Erkenntnis gewonnen, dass am Anfang diktatorischer, hier faschistischer, Regime meist fatale Fehleinschätzungen der politischen Elite hinsichtlich des Einflusses der autoritären Kräfte bestehen. Zugleich unterliegen die anderen politischen Parteien der Illusion, durch Einbindung oder Tolerierung diese Kräfte zu entschärfen. Aber woran kann man autoritäre Positionen erkennen? Die beiden Autoren benennen vier wichtige Merkmale. Politiker bzw. Parteien sind dann autoritär, wenn sie in Wort (und oft auch in der Tat) die Spielregeln der Demokratie ablehnen; wenn sie zweitens den politischen Gegnern ihre Berechtigung und Legitimität absprechen; wenn sie drittens Gewalt tolerieren oder gar selbst anwenden und wenn sie schließlich verkünden und auch bereit sind, die individuellen und kollektiven Freiheiten der politischen Gegner, insbesondere aber der Medien, einzuschränken (31-34). Da Demokratien ihre politische Gegner bzw. kritische Parteien nicht verbieten können (und sollen), liegt die Verantwortung für Bekämpfung und Isolierung dieser Kräfte weitgehend bei den etablierten politischen Parteien. Hierfür gibt es verschiedene Wege (35-37), aber entscheidend ist hierbei, dass die demokratischen Parteien ihre (Wahl)Interessen denen des Landes bzw. der Demokratie unterordnen und der Gesellschaft klar machen, dass es eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie gibt. Man kann, ja sollte und muss sich fragen, ob die politische Elite Deutschlands dies heute in ausreichendem Ausmaß gegenüber der AfD macht.

Wie dem auch sei, die beiden Autoren sehen in den demokratischen politischen Parteien die Wächter der Demokratie. Gerade in den USA, in denen der direkt gewählte Präsident eine zentrale Rolle im Regierungssystem inne hat, kommt den Parteien eine besondere Rolle bei dessen Nominierung und Wahl zu. Sie waren – zumindest bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts – das „Hauptbollwerk“ (58) gegen potentielle Extremisten, die es durchaus immer wieder gab und nach dem Präsidentenamt strebten. Mit der Einführung der bindenden Wirkung der Vorwahlen in den 60er Jahren haben die politischen Parteien ihre Kontrollmöglichkeiten bei der Kandidatenaufstellung erheblich geschwächt und die Position der Wähler gestärkt (61). Das kann man demokratietheoretisch als Stärkung der Demokratie betrachten, aber es hatte die unvermeidliche Nebenwirkung, dass nun immer häufiger radikale oder gar extremisti-

sche Außenseiter erfolgreiche Kandidaten wurden. Ab nun konnte man das „Wachsystem der Partei umgehen – und besiegen“ (62) und in der Zukunft würden Außenseiter größere Chancen haben als bisher.

Ein weiterer Faktor tritt hinzu, den die Autoren die „große republikanische Abankung“ (65 ff.) nennen. Sie kommt dadurch zustande, dass unkontrollierte Spendengelder drastisch zunehmen und sich zudem die Medienlandschaft wegen neuer Sender, wie etwa Fox News, und alternativer Medien, wie dem Internet, radikal ändert. Gerade die neuen Medien radikalisierten die konservativen Wähler, was umgekehrt radikalen Personen und deren Positionen in die Hände spielte. (67) Schließlich wurde gerade bei Donald Trump deutlich, dass der Bekanntheitsgrad von Kandidaten wichtiger wird als ihre Verankerung in den Parteien. Treten die neuen Medien hinzu und hat ein Kandidat hier massive Unterstützung, dann kann er Wege gehen, die bisher niemand gegangen ist. Das war sowohl bei Obama als auch bei Trump der Fall. Letzterer war kein gewöhnliche Kandidat, aber wie kann man solche von ‚gewöhnlichen‘ unterscheiden und wie kann man ihren Hang zum Autoritarismus feststellen?

Vier Punkte sind wichtig, die eine Art „Autokraten-Lackmest“ (72) ergeben. Zunächst das Ausmaß der Ablehnung bzw. die nur schwache Zustimmung zu den demokratischen Spielregeln; dann die Leugnung der Legitimität der politischen Gegenspieler; zudem die Tolerierung von oder die Ermutigung zur Gewalt und schließlich die Bereitschaft, die politischen und individuellen Freiheiten der politischen Gegner und der Medien einzuschränken. (72-80) Die Beispiele, die die beiden Autoren anführen, sind außerordentlich detailliert und beunruhigend. Man erfährt Sachverhalte, über die in den hiesigen Medien kaum berichtet wurde, und die immer wiederkehrende Bestätigung dieser vier Merkmale durch Trumps Äußerungen ist frappierend. Bereits hier wird deutlich, dass viele Politiker der Republikaner, aber auch der Demokraten, diese Äußerungen und ihre Tragweite nicht ernst genommen und keine entsprechenden Gegenreaktionen gezeigt haben.

Aber die „Untergrabung der Demokratie“ (86), so die Überschrift des nächsten Kapitels, erfordert weitere Schritte. Betrachtet man die Demokratie als ein Spiel, bei dem verschiedene Spieler um den Sieg spielen, so bietet es sich für Autokraten an, den Schiedsrichter zu neutralisieren oder gleichzuschalten. Hierzu gehören die unabhängigen Gerichte, insbesondere das Verfassungsgericht, hohe Beamte in den verschiedensten Ministerien, die Medien und andere Institutionen bzw. Organisationen. Danach werden die politischen Gegner geschwächt, indem man bestimmte Personen kauft, ihnen wichtige Posten übergibt, erneut die Medien weiter in den Blick nimmt und gleichzuschalten versucht, führende Unternehmer auf seine Seite zieht und hier und da mit kleinen und großen Drohungen nachhilft. Sind die wichtigsten Gegenspieler in Politik, Wirtschaft, Kultur und den Medien neutralisiert oder ausgeschaltet, dann verebbt die Opposition oder ist ganz mundtot gemacht. Der letzte Schritt aber, um sich an der Macht zu halten, muss erfolgen, und er konzentriert sich auf die Änderungen der Spielregeln. Auch dies geschieht auf vielfältigste Weise, und die Beispiele, die im Buch angeführt werden, sind erneut reichhaltig und zugleich beunruhigend. Sie reichen von den lateinamerikanischen bis zu den osteuropäischen Transformationen

zur Autokratie, wie etwa in Polen und Ungarn. Treten faktische oder vermeintliche Sicherheitskrisen hinzu, werden diese Prozess noch beschleunigt. Der 9. September 2001 ist nur ein, wenn auch wichtiges Beispiel hierfür. Und „(e)ine der großen Ironien des Untergangs von Demokratien besteht darin, dass häufig ihr Schutz als Vorwand für ihre Aushöhlung angeführt wird.“ (110)

Die beiden Verfasser führen noch einen weiteren Sachverhalt an, der beim Übergang von der Demokratie zur Diktatur äußerst wichtig ist, aber bisher zu wenig berücksichtigt wurde. Bestehen die „Leitplanken der Demokratie“ (115 und ff.) allein in verfassungsrechtlichen Leitplanken oder müssen noch andere hinzutreten, um die Demokratie zu schützen? Hier sind die Autoren erneut sehr klar und behaupten, dass zwei Normen, und nicht nur Institutionen, wie die Verfassung und andere rechtliche Regeln, von größter Bedeutung sind. Nur wenn diese von den politischen Eliten eingehalten und von den Medien wirksam kontrolliert werden, bleiben Demokratien stabil. Die erste Leitplanke ist „gegenseitige Achtung“ (120 und ff.) bedeutet, dass man den politischen Gegenspielern die gleichen Rechte und Normen zubilligt wie sich selbst. Es ist die kollektive Bereitschaft der Politiker und Parteien, „darin übereinzustimmen, dass man nicht übereinstimmt.“ (121) In allen Fällen, in denen die Demokratie zusammengebrochen ist, wurde die autoritäre Machtanhäufung damit gerechtfertigt, dass der politische Gegner angeblich eine existentielle Bedrohung darstellt und man ihm deshalb nicht die gleichen Rechte zubilligen darf. Die zweite Leitplanke ist „institutionelle Zurückhaltung“ (125 und ff.), die sich darin ausdrückt, dass man Handlungen unterlässt, die zwar den Buchstaben der Gesetze genügen mögen, aber ihren Geist offensichtlich verletzen. Verantwortungsvolle Politik geht nie bis an die Grenzen der Gesetze und reizt ihre Vorrechte nicht voll aus.

Diese grundlegenden Ausführungen bzw. die jeweiligen Kapitel werden durch einen Rekurs auf die amerikanische Politik präzisiert und durch viele Beispiele untermauert. Dies kann nicht im Detail nachgezeichnet werden, die hier dargestellten Sachverhalte sind zu vielfältig und zu facettenreich. Aber in diesen Ausführungen wird die Bedeutung der „ungeschriebenen Gesetze der amerikanischen Politik“ (137) überdeutlich. Unter der Rubrik des „Zerbröckelns der Demokratie“ (170) werden dann die Veränderungen und Verhaltensweisen dargestellt, die zum Rosten der Institutionen und Normen geführt und deren Standfestigkeit unterminiert haben. Hier wird im Detail deutlich, wie die Republikaner immer weiter nach rechts abdriften und wie die Demokraten, vor allem unter Präsident Barak Obama, darauf reagieren und ihrerseits – wenn auch nicht so massiv wie die Republikaner – nach links abdriften und ebenfalls an den normativen Grundlagen der Demokratie rütteln und diese verschieben bzw. auflösen. Beide Parteien sind zu Beginn des Jahrhunderts nun stark nach Rasse und Religion getrennt, also entlang zweier stark polarisierender Themen, und die Demokraten wurden zu einer Partei vor allem der vielen ethnischen Minderheiten, während die Republikaner immer mehr zu einer Partei der Weißen, insbesondere der weißen Mittelschicht, wurden und sich zunehmend radikalisierten. Die Vertreter der Tea-Party werden immer einflussreicher und besetzen immer mehr Themen und Positionen. Die beiden großen Parteien haben ihren Charakter als „ideologische

„Großraumzelle“ (198) verloren, weil bei den Demokraten der konservative Anteil und bei den Republikanern der liberale Flügel abnahm und beide immer weniger Gemeinsamkeiten oder Überlappungen aufwiesen, die parteiübergreifende Kompromisse erleichtert hätten. Die Parteien wurden zu ideologisch und kulturell homogenen und nach außen abgeschlossenen Containern. Die Folge: Politik wird immer mehr als eine „Politik der Kriegführung“ (204) betrachtet, die den politischen Gegner zum Feind abstempelt, mit dem man keine Kompromisse mehr schließen kann, sondern den man – möglichst mit allen Mitteln – bekämpft.

Dann kommen die beiden Autoren doch noch explizit auf Trump zu sprechen und widmen ihm ein ganzes Kapitel. In „Trump gegen die Leitplanken“ (205 und ff.) wird beschrieben, wie drei Dimensionen langsam aber stetig unterminiert werden: Trump versuchte die Schiedsrichter gleichzuschalten, die Schlüsselspieler zu neutralisieren und schließlich die Spielregeln neu zu definieren. Das alles ist erneut mit viel Material und sehr anschaulich beschrieben. Zwar hat Trump viele der weichen Leitplanken grundlegend demontiert, aber an vielen Punkten haben die harten Leitplanken gehalten und seinen Spielraum sich nicht ins Grenzenlose entwickeln lassen. Aber dennoch war sein Wahlkampf eine „Zäsur in der Entwicklung der Feindschaft zwischen den politischen Lagern“ (183), bei dem die Medien, insbesondere aber Fox News als meist gesehener amerikanischer Kabelsender, eine zentrale Rolle spielten. Steven King, ein republikanischer Angeordneter des Repräsentantenhauses, verstieg sich zu der Aussage, dass Obama „antiamerikanisch“ sei und in den USA eine „totalitäre Diktatur“ einführen werde (183). Dies ist nur ein Beispiel unter vielen, das die Beobachtung der ‚Politik als Kriegführung‘ beunruhigend belegt.

Aber kann man diesen Prozess des langsamen Rostens der Demokratie stoppen? Kann man „(d)ie Demokratie retten“ (234 und ff.)? Das Problem – so sehen es die beiden Autoren – besteht darin, dass man die Republikaner eigentlich massiv mit denselben Mitteln bekämpfen müsste, aber genau das keine plausible Option wäre. Das würde die Situation nur noch weiter verschlimmern, die Gegensätze weiter polarisieren und die Konflikte zwischen den Parteien eskalieren. Genau das aber wäre kontra-produktiv. Stattdessen müssten die demokratischen Kräfte sich strikt die Normen zu eigen machen, die für die Demokratie zentral sind: Gegenseitige Achtung und institutionelle Zurückhaltung. Sie müssten die schweren Diffamierungen, Konflikte und Auseinandersetzungen, auch wenn sie sich jenseits der eben erwähnten Normen bewegt haben, vergessen und einen neuen Ansatz realisieren, der die gegenwärtigen Grenzen überschreiten könnte. „Die wirkungsvollsten Koalitionen sind diejenigen, in denen sich Gruppen zusammenfinden, die in vielen Fragen unterschiedliche – und häufig gegensätzliche – Ansichten vertreten. Sie besteht nicht aus Freunden, sondern aus Gegnern.“ (257)

Die Befürworter der Demokratie müssten schwer schlucken und viele Zugeständnisse machen, die aber für die Zukunft außerordentlich wichtig sind, und die Polarisierung der Politik reduzieren und aus Feinden wieder politische Gegner machen. Bei den Republikanern, deren Partei teilweise wie eine „Antisystempartei“ (262) agiert, müsste man die moderaten Kräfte zu gewinnen versuchen und mit ihnen und anderen

politischen und sozialen Gruppierungen ein neues Bündnis aufbauen, das sich gegen die antidemokratischen Kräfte stellt und die Normen der Demokratie wieder zurückerobert. Auf zwei Sachverhalte müsste sich eine solche Koalition der Vernünftigen konzentrieren: Die rassistische und religiöse Polarisierung reduzieren und die zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit bekämpfen. Etwas überraschend taucht als Beispiel die deutsche Nachkriegsgeschichte auf. Selbstverständlich sind der Nationalsozialismus und das gegenwärtige Trump-Amerika nicht identisch, das steht außer Frage. Aber der Neuaufbau der CDU als Mitte-rechts-Partei und die Überwindung der tradierten konservativen und rechtsgerichteten Tradition und ihr Verständnis der Wirtschaft als soziale Marktwirtschaft war zentral für die Neubegründung der Demokratie. Nur so konnte auch der Brückenschlag zu den anderen demokratischen Parteien erfolgen.

Man kann manche der hier aufgeführten historischen Entwicklungen hinsichtlich ihrer empirischen Robustheit anzweifeln, aber dennoch gilt: Würden die Republikaner bei diesem Aspekt die CDU der Nachkriegszeit als Beispiel nehmen, dann könnten sie ihre extreme Marktideologie und den weißen Nationalismus abmildern und ein breiteres politisches Profil aufbauen, das ihnen nicht nur neue Wählerschichten zuführen, sondern auch den Brückenschlag zu den Demokraten erleichtern würde. Umgekehrt müssten die Demokraten den Einfluss ethnischer Minderheiten zurückführen, um so ihren Einfluss auf die weiße Arbeiterschicht auszudehnen. Auch eine veränderte Sozialpolitik wäre hilfreich, die allen zu Gute kommt und deshalb Staatsbürger orientiert sein müsste statt auf bestimmte soziale Gruppierungen konzentriert. Moderne Gesellschaften sind hochkomplexe Gegebenheiten und ihre kulturelle, ethnische, soziale, ökonomische und politische Vielfalt nimmt zu. Sie müssten multi-ethnisch und zugleich demokratischer werden. Eine Herkulesaufgabe, vor der nicht nur die USA stehen. Aber nur wenn diese bewältigt wird, können die modernen Demokratien überleben – oder sie sterben. Das ist die Alternative, die die beiden Autoren am Ende ihres Buches skizzieren. Das Buch ermutigt, sich hier nicht passiv zu verhalten, sondern sich an dieser Entwicklung aktiv zu beteiligen.

Das abschließende Fazit kann kurz und knapp ausfallen: Sehr lesenswert und sehr bedenkenswert!